



Aus für das Steuerparadies im Armenhaus?

CEPAS-Caritas und Fundación Jubileo fordern eine Besteuerung der Reichen des Landes. CEPAS-Caritas ist die Kommission für Sozialpastoral der bolivianischen Bischofskonferenz; Fundación Jubileo ist eine aus der Entschuldungskampagne hervorgegangene Stiftung der katholischen Kirche Boliviens sowie der Bistümer Trier und Hildesheim.

Mit ihrer Forderung ziehen die kirchlichen Organisationen am selben Strang wie der Internationale Währungsfonds (IWF), der von der bolivianischen Regierung eine Steuerreform mit Einführung einer Einkommenssteuer fordert.

Wie ist das bolivianische Steuersystem strukturiert?

Im Unterschied zum deutschen Steuersystem, das eine starke Einkommensbesteuerung vorsieht und vom Grundsatz her progressiv ausgerichtet ist, hat das bolivianische stark regressive Züge.

Während also in Deutschland diejenigen, die mehr verdienen, nicht nur absolut, sondern auch relativ stärker durch Steuern belastet werden, beruht das bolivianische Steuersystem weitgehend auf Verbrauchssteuern. Eine Einkommenssteuer gibt es in Bolivien faktisch nicht. Ein besonderes Problem besteht darin, dass der informelle Sektor sehr stark ausgeprägt ist und der Schwarzhandel blüht.

Zusammenfassend kann man sagen, das bolivianische Steuersystem schont in besonderem Maß die zwar kleine, aber dennoch existierende reiche Bevölkerungsschicht in einem der ärmsten Länder Lateinamerikas.

Die gescheiterte Steuerreform unter der Regierung von Gonzalo Sánchez de Lozada

Im Februar 2003 versuchte die Regierung unter Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada in einer Steuerreform eine leicht progressive Einkommenssteuer einzuführen. Der Steuerfreibetrag sollte bei lediglich 900 Bolivianos (ca. 80 €) liegen, was zwei Minimallöhnen entspricht. Einkommen darüber sollten stufenweise bis zu max. 12,50 Prozent besteuert werden.

Als Reaktion waren massive Proteste und Demonstrationen zu verzeichnen, bei denen in der Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt über 30 Menschen zu Tode kamen. Dies hatte zur Folge, dass die Regierung, die acht Monate später gestürzt wurde, diesen Versuch zurückzog.

Der internationale Währungsfonds (IWF) fordert eine Einkommenssteuer

Angesichts der dramatischen Ereignisse im Februar 2003 und dem Sturz der damaligen Regierung verwundert es nicht, dass die neue Regierung unter Präsident Carlos Mesa das heiße Eisen Steuern bislang nicht angefasst hat.

Anders der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds Rodrigo Rato bei seinem Besuch im Februar 2005. Er bemängelte, dass die Steuersysteme in Lateinamerika vielfach ungerecht sind und am Ende am meisten den Reichen nutzen. Mit expliziter Bezugnahme auf die Armutssituation im Land forderte er die Einführung einer progressiv ausgerichteten Einkommenssteuer, bei der nach Presseangaben die ca. 330 000 Personen aus der Mittel- und Oberschicht in Bolivien zur Kasse gebeten würden, während die 65 Prozent Armen im Land davon unberührt blieben.



Als Reaktion darauf wurde von Regierungsseite klar gestellt, dass sie zurzeit nicht andenkt, eine solche Steuer zu erheben.

Im neu erschienenen Länderreport (April 05) des IWF taucht die Forderung nach einer Steuerreform wieder auf und zwar unter den Aspekten Effizienz und Steuergerechtigkeit.

Caritas fordert Reichtumssteuer

Wenige Wochen nach der IWF Mission, im März 2005, erhoben CEPAS-Caritas und Fundación Jubileo in einer öffentlichen Präsentation zum Thema „Schulden in Bolivien“ die Forderung einer Steuer für Reiche. Bei dieser Veranstaltung, die sowohl auf dem Podium wie im Plenum mit hochkarätigen Personen aus dem Bereich der Katholischen Kirche, der Zentralbank sowie von Regierung und Zivilgesellschaft bestückt war, verknüpften die Veranstalter zwei Forderungen miteinander: Einen weiteren Schuldenerlass durch die Geberländer des Nordens mit einem entsprechenden steuerlichen Beitrag zu den Staatseinnahmen durch die Reichen im eigenen Land. Denn diese dürften sich nicht aus ihrer Verantwortung stellen. Dabei wurde eine Besteuerung der 20 Prozent Reichsten im Land genannt. Doch den beiden kirchlichen Organisationen ging es weniger um Zahlen, sondern um das politische Signal.

Rückendeckung erhielten sie bei ihrer Forderung nach einer Reichtumssteuer vom Präsidenten der Bolivianischen Zentralbank Juan Antonio Morales, der bei derselben Veranstaltung aus seiner Sicht über die Schuldensituation Boliviens referierte.

Bemerkenswert ist, dass im Gegensatz zur ablehnenden Reaktion dem IWF gegenüber von Seiten der Regierung diesmal Vize-Finanzminister Waldo Gutierrez eine gewisse Offenheit für den Vorschlag aus Reihen der katholischen Kirche signalisierte. Dabei mag das hohe Ansehen der Kirche, sowie ihre nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Rolle innerhalb der bolivianischen Gesellschaft eine gewisse Rolle spielen.

Wird die Steuer für die Reichen kommen?

Nach den ersten Reaktionen, natürlich auch von der Presse provoziert, ist zunächst einmal Ruhe zu diesem Thema eingeleitet. Zurzeit gibt es mit der Ausarbeitung und bevorstehenden Verabschiedung des Gesetzes über die Kohlenwasserstoffe auch andere Prioritäten.

Doch es ist davon auszugehen, dass sowohl der IWF als auch CEPAS-Caritas und Fundación Jubileo ihre Forderung aufrechterhalten. Sei es aus sozialpolitischen oder auch aus fiskalischen Gründen.

Der Regierung kann dies mit Blick auf das permanente Haushaltsdefizit eigentlich nur recht sein. Denn sie muss die Staatseinnahmen erhöhen. Da bietet es sich an, die bislang geschonten Reichen zur Kasse zu bitten. Mit Blick auf deren Einfluss kommt da jede Unterstützung recht. Sei es von außen durch den Druck des IWF, der seine finanzielle Hilfe für Bolivien nur um ein Jahr verlängert hat oder durch CEPAS-Caritas und Fundación Jubileo, Organisationen der in Bolivien hoch angesehenen katholischen Kirche.

Jürgen Leonhard

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.

Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, ausserdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.

Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail acesopublico@entelnet.bo, Telf-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.